

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 218

Montag, den 19. September 1927

101. Jahrgang

Weihe des Tannenbergs-Nationaldenkmals

Der Reichspräsident zur Kriegsschuldfrage

Im Hohenstein, 19. Sept. Auf den historischen Schlachtfeldern von Tannenberg unweit des Städtchens Hohenstein, auf denen vor nunmehr 13 Jahren unter Leitung Hindenburgs und Ludendorffs die entscheidende Schlacht geschlagen wurde, die Ostpreußen von den russischen Truppen befreite, ist aus freiwilligen Spenden aus allen Schichten des deutschen Volkes das Tannenbergs-Nationaldenkmal errichtet worden. Auf den Höhen, auf denen während der entscheidenden Kämpfe ein großer Teil der deutschen Artillerie in Stellung gegangen war, ist das in Backstein erbaute und jetzt im Hochbau fertige Denkmal errichtet worden, das mit seinen mächtigen Türmen und Verbindungsmauern weit hin sichtbar ist.

Die Beteiligung an den gestrigen Einweihungsfeierlichkeiten war trotz des regnerischen Wetters aus allen Teilen der Provinz Ostpreußen, darüber hinaus aber auch aus ganz Deutschland überaus groß. Mit mehr als 30 Sonderzügen, mit Lastkraftwagen und tausenden von Autos, z. T. auch im Fußmarsch, waren die Militär- und Kriegervereine und zahlreiche sonstige Verbände und Vereinigungen angetreten. Der Reichspräsident, Generalfeldmarschall von Hindenburg, traf — von einem Reiterregiment begleitet — im offenen Kraftwagen ein. Er wurde zuerst von Generalfeldmarschall v. Madensen u. General Ludendorff begrüßt.

Der Reichspräsident ergriff bei der Denkmalweihe das Wort zu folgender Ansprache:

„Das Tannenbergs-National-Denkmal gilt in erster Linie dem Gedächtnis derer, die für die Befreiung der Heimat gefallen sind. Ihr Andenken, aber auch die Ehre meiner noch lebenden Kameraden verpflichten mich dazu, in dieser Stunde und an dieser Stätte feierlich zu erklären: Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! Nicht Reid, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen! In den zahllosen Gräbern, welche Zeichen deutschen Heldentums sind, ruhen ohne Unterschied Männer aller Parteifärbungen. Sie waren damals einig in der Liebe und Treue zum gemeinsamen Vaterland. Darum möge an diesem Erinnerungsmale stets innerer Haß zerbrechen, es sei eine Stätte, an der sich alle die Hand reichen, welche die Liebe zum Vaterland besetzt und denen die deutsche Ehre über alles geht. Mit diesen Wünschen wollen wir das Denkmal nachher weihen.“

Nach der Feier im Ehrenhof des Denkmals, die mit der Einzeichnung Hindenburgs in das Goldene Buch ihren Abschluß fand, erfolgte auf der Landstraße Ostrober-Hohenstein der Vorbeimarsch der Vereine und Verbände vor Hindenburg, der mehr als zwei Stunden dauerte.

Die neue Finanzgesetzgebung

Der Reichsfinanzminister zum Steuervereinheitlichungsgesetz

Im Köln, 19. Sept. In dem festlich geschmückten Saal des Zoologischen Gartens wurde gestern die 10. Hauptversammlung der kommunalpolitischen Vereinigung der Zentrumspartei eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Bracht-Essen legte zunächst die Stellung der Gemeinden und Städte die zur neuen Finanzgesetzgebung dar. Der Redner wandte sich gegen die Berliner Bestrebungen der Steuerzentralisierung, die die Mitwirkung der Gemeinden an der Gesetzgebung geradezu bedeutungslos gemacht hätten. Die Denkschrift des Städtetages: „Städte, Staat und Wirtschaft“ habe den Beweis erbracht, daß sich die Zahl der öffentlichen Beamten seit der Vorkriegszeit von 6 auf 10 Prozent vermehrt habe, daher habe sich der Finanzbedarf der öffentlichen Hand so gesteigert. Im Jahre 1913 habe er 4 Milliarden, nach anderer Berechnung 4,5 Milliarden ausgemacht, heute mache er 11 bzw. 11,5 Milliarden aus. Dieser Mehrbedarf von 7 Milliarden entfalle zu 2 bis 2,5 Milliarden auf die Folgen des Krieges, 3 Milliarden auf soziale Lasten und der Rest auf die erhöhten Verwaltungskosten. Vor dem Kriege erforderte die öffentliche Verwaltung annähernd 1,5 Milliarden; heute beanspruche sie mindestens 3,5 Milliarden, dabei müsse man an die inzwischen eingetretene Volksverarmung denken. Der Weg zur finanziellen Gesundung liege allein in der Wiederkonkurrenzfähigkeit der örtlichen finanziellen Verantwortung. Der Mehrverbrauch der Gemeinden werde nur durch die erhöhten sozialen Pflichten verursacht.

Darauf ergriff Reichsfinanzminister Dr. Köhler das Wort. Der Minister betonte, daß ihm sehr viel daran gelegen sei, das Steuervereinheitlichungsgesetz auch öffentlich zu vertreten. Er wies darauf hin, daß bereits in der Finanzausgleichsnovelle vom April 1927 bestimmt worden war, daß die Reichsregierung bis zum 1. Oktober 1927 den Entwurf eines Rahmengesetzes zur Regelung der Realsteuern und des Geldwertverhältnisses bei bebauten Grundstücken vorlegen sollte. Eine korrekte Einlösung dieser Aufgabe bedeute das Steuervereinheitlichungsgesetz, wie es als Entwurf Ende Juli dem Reichsrat zugegangen ist. Der Kriegsausgang, betonte der Minister, habe zwangsläufig dazu geführt, daß wichtige Teile der sogenannten Steuern auf das Reich übergeben müssen. Das Reich hätte zur Erfüllung der ungeheuren Verpflichtungen von Verfallenes diese Steuergelder für sich haben müssen. Die Erbschaftsteuerreform 1920 hätte die Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer dem Reich, die Hauszinssteuer sowie die Realsteuer den Ländern und Gemein-

den überlassen. Die Schliebsche Steuerrechtsreform 1925 brachte die wesentliche Abänderung, daß die Länder, die die Grund- und Gebäudesteuer oder die Gewerbesteuer nach dem Wert erheben, verpflichtet wurden, die für die Reichsvermögenssteuer festgestellten Einheitswerte auch ihren Realsteuern zugrunde zu legen. Dr. Köhler stellte fest, daß mit dem Erlaß des Bewertungsgesetzes ein wesentlicher Fortschritt zur Vereinheitlichung des Steuerrechtes erzielt worden war. Das Gesamtbild, bemerkte dazu der Reichsfinanzminister, zeige aber im gegenwärtigen Realsteuerrecht eine erstaunliche Buntfarbigkeit. Diese verhindere jede Vergleichbarkeit der Höhe der Steuerbelastung in den einzelnen Ländern und Gemeinden. Die notwendige peinlichste Kalkulation sei ausgeschlossen. An der Uebersichtlichkeit der Vergleichbarkeit seien nicht nur die Steuerschuldner, sondern auch die Steuergläubiger interessiert. Die gegenwärtige deutsche Gesamtbelastung stelle aber das äußerste dar, was einem durch verlorenen Krieg ausgezungenen Friedensvertrag und Inflation geschwächten Volke zugemutet werden kann. Das neue Steuergesetz mache Ländern, wie Gemeinden große Konzessionen. Beide setzen fortan frei und unabhängig vom Reich die Höhe der Steuern fest. Bei der Gewerbesteuer können sie bestimmen, daß anstelle von Lohnsummen und Gewerkekapitalsteuer nur eine von beiden erhoben werde. Sie dürfen auch, wenn die Gewerbesteuer nicht mit 100 Prozent des Hauptsteuersatzes zur Erhebung gelangt, die zweite daneben erhobene Steuer darüber hinaus weiter staffeln. Die Festsetzung der Steuerhöhe sei damit Ländern und Gemeinden zugestanden. Die Hauptsteuerebene, die so viel Unruhe geschaffen haben, seien nichts anderes als Meßzahlen. Auch die Ausdehnung der Steuerbefreiung sei nach der neuen Landesgesetzgebung in das Ermessen der Länder gestellt. Dr. Köhler betonte mit Nachdruck, daß ihm gerade dieses Zugeständnis deshalb nicht leicht gefallen sei, weil wieder zahlreiche Differenzierungen zwischen den einzelnen Ländern oder Gemeinden entstehen könnten. In dem Gesetzentwurf sei der Rahmensteuercharakter wie der Realsteuercharakter durchaus gewahrt worden. Bei der Gewerbesteuer seien ihre drei Merkmale Ertrag, Kapital und Lohnsumme berücksichtigt worden. Für die Grund- und Gewerbesteuer sei der Charakter einer Realsteuer gewahrt geblieben. Was die Ermittlung der Meßzahlen anbelange, so liege es im Interesse der Vereinigung, wenn diese Meßzahlen sich ungefähr dem Steuergesetz näherten, von denen vielleicht angenommen werden könnte, daß sie etwa die durchschnittliche Gesamtbelastung des Objektes mit der betreffenden Realsteuer darstellen. Hierbei sei das Auf-

Tages-Spiegel

In Gegenwart des Reichspräsidenten wurde gestern das Tannenbergs-National-Denkmal eingeweiht.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler sprach in Köln über die neue Finanzgesetzgebung.

Der ungarisch-rumänische Streitfall wurde, nachdem die Verhandlungen am Samstag zu keiner Einigung geführt hatten, auf heute vertagt.

Der französische Ministerrat hat in Anwesenheit Briands beschlossen, den Rücktritt Rakowskis durchzusetzen, ohne die Bemühungen mit Moskau abzubrechen.

Briand hat sich am Sonntag zur weiteren Teilnahme an den Ratsverhandlungen wieder nach Genf begeben.

Die irischen Flieger haben am Samstag Abend ihren Amerikaflug abgebrochen und sind nach Irland zurückgekehrt.

kommen im Rechnungsjahr 1926 zugrundegelegt worden. Der vorgeschlagene Abzug im Aufkommen von 1926 habe die irische Ansicht gebracht, daß die Reichsregierung eine sofortige Prozentsenkung der Realsteuer vornehmen wolle. Davon könne heute keineswegs die Rede sein, wenn auch die Reichsregierung heute der Meinung sei, daß eine solche Senkung in absehbarer Zeit erreicht werden könne.

Der Reichsfinanzminister erklärte ferner, daß er die größte Hochachtung vor der kommunalen Selbstverwaltung habe. Auch sei ihm bekannt, daß die Gemeinden in der Nachkriegszeit vermehrte Aufgaben zugewiesen erhalten hätten. Nach Möglichkeit habe aber die Reichsregierung bedeutende Zuweisungen den Gemeinden gemacht; wenn das Reich heute einigermaßen eine Ausgleichung versuche, der seit 3 Jahren gleich gebliebenen Besoldung seiner Beamten an die allgemeine Wirtschaftslage vorzunehmen, und dazu keine Steuererhöhung vornehmen wolle, so müsse das gleiche seitens der Gemeinden bei ihrer Besoldungserhöhung erwartet werden. Der Finanzausgleich im Frühjahr 1927 habe gerade im Hinblick auf die bevorstehende Beamtenbesoldung eine entprechende Gestalt erfahren. Die Besserung der Wirtschaftslage müsse sich auch in den Gemeinden bei der Verminderung der Lasten bemerkbar machen. Nach dem Gesetzentwurf solle die Wert-erhaltungsteuer bis zum 1. April 1931 völlig aufrechterhalten bleiben und erst in der Zeit von 1931 bis 1934 allmählich abgebaut werden. Hinsichtlich der Entschuldung sei im Gesetzentwurf nur gesagt, daß die Reichsregierung vor dem 1. April 1929 zu prüfen habe, wie weit diese Steuer noch weiterbestehen bleiben solle. Entgegen dem ersten Entwurf sei in dem nächsten der Einheitssteuerbescheid, in dem Reichsteuern und Realsteuern enthalten sein sollten, zunächst gefallen. Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Einheitssteuerbescheid als Fortschritt für Wirtschaft und Fiskus doch einmal Wirklichkeit werde. Sein Nachgeben in diesem Punkt sei auf die Einheitsfront der Länder, die sich gegen diesen Steuerbescheid ausspräche, zurückzuführen.

Zum Schluss erklärte Dr. Köhler, er habe mit seinen Ausführungen darlegen wollen, daß das neue Steuergesetz die Vereinheitlichung des deutschen Steuerwesens erfolgreich fortführe, die Realsteuern in das Steuersystem des Reiches eingliedere und damit die Reform der öffentlichen Verwaltung vorwärtstreibe. Alle Behauptungen, daß Ländern und Gemeinden die letzten Reste ihrer Steuerhoheit mit dem neuen Steuergesetz genommen werden, dürften damit entkräftet sein.

Eisenbahnunfälle im Reich

Eisenbahnunglück bei Berlin.

Im Berlin, 19. Sept. Wie die Montagspost meldet, entgleiste gestern Abend bei der Einfahrt in den Bahnhof Kaputh bei Potsdam ein Personenzug. Die Lokomotive und der Packwagen legten sich auf die Seite. Die übrigen Wagen erlitten erhebliche Beschädigungen. Durch den Aus der Entgleisung wurden die Fahrgäste des vordersten Personenzuges von ihren Sitzen geschleudert und durcheinandergeworfen. Dabei wurden vier Personen schwer und 20 leicht verletzt. Es handelt sich ausschließlich um Berliner Ausflügler.

Die verschobene Herbsttagung des Reichstags

Die Verzögerung der Herbsttagung des Reichstags auf Mitte Oktober ist keinesfalls eine Ueberraskung. Der Aeltestenausschuss, der diese Verschiebung um drei Wochen gutgeheissen hat, war sich von vornherein darüber klar, dass die Fraktionen dem Wunsche der Reichsregierung um eine Verzögerung der parlamentarischen Behandlung jener Fragen, um dementsprechend die Herbsttagung eingeschoben werden sollte, sich nicht widersetzen würden, und der Widerstand, der von einzelnen Fraktionen der Opposition geltend gemacht wurde, war nicht allzu ernst gemeint. Auch die Opposition kann ja, wenn ihr an einer gewissenhaften und gründlichen Verfechtung ihrer Auffassung gelegen ist, kein Interesse daran haben, die parlamentarische Behandlung mangelhaft vorbereiteter Vorlagen zu erzwingen; sie würde bei einem solchen Vorgehen in Obstruktion ausarten und sich selbst um die Wirksamkeit ihrer Argumente und ihres Kampfes bringen. Die Tagesordnung für die hinausgeschobene, auf etwa eine Woche berechnete Herbsttagung des Reichstags, bleibt unverändert. Sie wird der ersten Lesung des Reichsschulgesetzentwurfes, der Besoldungsreform und des Liquidationschadengesetzes gelten. Die weiteren Dispositionen für den erneuten Zusammentritt des Plenums sind noch durchaus unsicher, da nach der Zwischentagung selbstverständlich eine äußerst ergiebige Arbeit im Rahmen der Ausschüsse notwendig ist. Jedenfalls rechnet man schon jetzt damit, dass frühestens am 21. November das Plenum nach abgeschlossener Zwischentagung wieder zusammentreten kann. Ob die knappe Zeit, die alsdann bis zu den Weltausstellungen verbleibt, ausreicht, um alle drei Gesetze endgültig unter Dach zu bringen, wird wohl wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, im Rahmen der Ausschussverhandlungen und der Fraktionsberatungen zu einigenden Kompromissformeln zu gelangen. Das dürfte ganz besonders für den Schulgesetzentwurf gelten, von dem man heute wohl schon sagen kann, dass seine endgültige Gestaltung wesentlich von dem Regierungsentwurf abweichen wird. Auch das Zentrum hat bereits erklärt, dass es in dem Entwurf nur eine grundsätzliche Unterlage erblickt. Von ausschlaggebender Bedeutung wird schließlich natürlich die Haltung der Deutschen Volkspartei sein, doch ist nach den bisher vorliegenden Verlautbarungen aus diesen Kreisen wohl anzunehmen, dass auch hier eine Kompromissformel sich ergeben wird, die die Zustimmung der DVP. findet. Jedenfalls haben die diesbezüglichen Äußerungen des Parteivorsitzenden Dr. Scholz in Königsberg nach dieser Richtung hin alle Türen offen gelassen. Es will uns daher zunächst scheinen, dass es vielleicht nicht einmal in erster Linie der Schulgesetzentwurf ist, der der Reichsregierung die Verzögerung der parlamentarischen Behandlung wünschenswert erscheinen lässt, sondern dass sie wesentlich akutere Schwierigkeiten für die beiden anderen Vorlagen, für die Beamtenbesoldung und das Liquidationschadengesetz voraussetzt und für diese beiden Probleme die Situation zuvor soweit als möglich klären möchte. In der Besoldungsfrage hat die schnelle Zustimmung des preussischen Kabinetts überrascht. Der bayerische Widerstand gegen die Vorlage in der Form, wie sie der Reichsfinanzminister Dr. Köhler in seiner Rede in Marzburg zitiert hat und wie sie vom Reichskabinett verabschiedet werden soll, wird zwar Anklang finden, aber durch die Stellungnahme Preussens ist Bayern ohne Zweifel in eine ungünstige Position geraten und wird im Reichsrat besondere Schwierigkeiten haben, seine Bedenken und Wünsche geltend zu machen. Für die Besoldungsfrage wie für die Liquidationschadengesetze gilt zudem, dass es sich in diesen beiden Angelegenheiten, im Gegensatz zu dem Schulgeset-

entwurf, um materiell sehr wichtige und sehr bald fähbar werdende Entschliessungen handelt, zu denen die Reichsregierung verständlicherweise gern die möglichst weitgehende Unterstützung der gesetzgebenden Körperschaft hätte. Da die Wintertagung des Reichstages angesichts der neuen Dispositionen erst Ende November zu erwarten ist, und da im Januar planmäßig die Staatsberatungen beginnen sollen, bleibt für die Verabschiedung der drei hier erörterten großen Vorlagen nur eine verhältnismäßig geringe Frist. Das begründet auf der einen Seite die Notwendigkeit ihrer sorgfältigen Vorbereitung, berechtigt auf der anderen Seite aber zu der Voraussetzung, dass die parlamentarischen Kämpfe eine große Schärfe annehmen werden, zumal da die innenpolitische Situation auch durch andere, die Öffentlichkeit hinlänglich beschäftigende Gegenstände stark belastet ist.

Frankreich und Russland

Ein Ausschuss zur Aufrechterhaltung der französisch-russischen Beziehungen.

II. Paris, 17. Sept. Angesichts der Bemühungen der französischen Rechtsparteien, auf die Regierung einen Druck in der Richtung eines Bruches mit Russland auszuüben, hat sich ein „Ausschuss zur Aufrechterhaltung der französisch-russischen Beziehungen“ gebildet. In einem Aufruf gibt dieser Ausschuss der Ueberzeugung Ausdruck, dass der Abgang des sowjetrussischen Botschafters den Auftakt zu einem völligen Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden Ländern bedeuten würde. Dies würde notwendigerweise zu internationalen Verwicklungen führen, deren Ausdehnung und Folgen niemand übersehen könne. Der Ausschuss richtet daher an alle Anhänger des Friedens den Appell, das Komitee bei seinen Bemühungen zu unterstützen.

Amerika lehnt Frankreichs Zollvorschlag ab.

II. New York, 17. Sept. Nach Meldungen aus Washington wird offiziell kein Zweifel darüber gelassen, dass Amerika den französischen Vorschlag, für gewisse Warenkategorien des amerikanischen Exports Zollherabsetzungen bis zu 50 Prozent zu gewähren, ablehnen werde.

Einigung in der Kuomintang

Die Nanjing-Fülle in Kraft.

II. Berlin, 17. Sept. Die chinesische Nachrichtenagentur teilt mit: Die Zentrale Exekutive und das Zentralkontrollkomitee sind zu einer Konferenz in Nanjing zusammengetreten. Man kam darin überein, die Behandlung der wichtigsten nationalen Fragen auf die Tagesordnung zu setzen. Es lässt sich jetzt bereits erkennen, dass die Führer von Nanjing und Wuhan hinsichtlich der allgemeinen politischen Richtlinien eines Sinnes sind. Die Zusammenarbeit erweist sich als sehr erfolgreich. Die frühere Regierung von Nanjing und Wuhan ist aufgelöst. An ihrer Stelle übernahm ein Komitee von 30 Mitgliedern die Leitung der Regierungsgeschäfte. Trotz des Potestes der Mächte ist die Zollautonomie, die von der Nanjing-Regierung vor einigen Monaten beschlossen wurde, mit dem 1. September in Kraft getreten. Der Refin-Binnen-Zoll wurde beseitigt. Es wird eine weitere Erhöhung der Zölle in Erwägung gezogen.

Kleine politische Nachrichten

Gegen Ausfuhr einheimischen Brotgetreides. Die an der Brotversorgung in Bayern beteiligten Organisationen haben an den Reichsernährungsminister ein Telegramm gerichtet, in dem sie um sofortige Maßnahmen gegen eine weitere Ausfuhr einheimischen Brotgetreides nach dem Auslande ersuchen. Es wird darauf hingewiesen, dass die dies-

jährige Ernte Deutschlands durch schlechtes Wetter verzögert sei und stark gelitten habe.

Polnische Entschliessungsmethoden. In der Gemeinde Skotschau ist der evangelische Pastor Gabrisch, gegen den schon seit Wochen eine wilde Hege getrieben wird, ohne vorherige Feststellung und ohne vorherige Anhörung seines Geistlichenamtes durch das Warschauer Konsistorium entlassen worden. Dieser Gewaltakt hat selbst in der gesamten Bevölkerung des Ortes größten Unwillen ausgelöst, da die Amtsenthebung nur erfolgt ist, weil Pastor Gabrisch sich für die deutsche Minderheit betätigt hat.

Kriegsbesorgnisse der „Iswestija“. Wie aus Moskau gemeldet wird, bespricht das amtliche Blatt „Iswestija“ in einem Leitartikel die Beziehungen Sowjetrusslands zu Frankreich und England und zieht aus dieser Besprechung pessimistische Schlüsse hinsichtlich des allgemeinen Irlebens. Die „Iswestija“ schreibt: „Die internationale Atmosphäre verkündet ein Gewitter; die Gefahr eines neuen Krieges ist so groß wie niemals bisher.“

Die spanische Nationalversammlung. Die Nationalversammlung, die ihre Sitzungen von Oktober bis Juli abhalten wird, soll in 18 Sektionen und Fachgruppen eingeteilt werden. Die Plenarsitzungen werden öffentlich sein. Die Information der Presse über die Arbeiten des neuen beratenden Parlaments ist zugesichert. Das Präsidium der Nationalversammlung wird aus 9 Personen bestehen. Der Präsident und vier Mitglieder des Präsidiums werden von der Regierung ernannt, die übrigen vier von der Versammlung gewählt.

450-Jahrfeier in Uppsala. In seiner Festrede anlässlich der 450-Jahrfeier der Universität Uppsala betonte der Rektor der Universität, Stavenom, die vielfachen wissenschaftlichen Bindungen mit Deutschland. Der Rektor der Universität Greifswald, Goltz, erinnerte an die 200jährige Zugehörigkeit Greifswalds zu Schweden, die aber keine Fremdherrschaft gewesen sei. Prof. Uhlig-Tübingen überbrachte die Grüße des württembergischen Altersgenossen und dankte Schweden für seine Hilfe bei der Wiederaufrichtung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen nach dem Weltkriege.

Wolkenbruch über London

Wie die Morgenblätter aus London melden, ging über dem nördlichen Teil der Stadt ein Wolkenbruch nieder, der schweren Schaden verursachte. Hunderte von Häusern und Geschäften wurden überschwemmt. Der ganze Straßennetz wurde vollständig lahmgelegt. Auch außerhalb Londons richtete der Regen bedeutenden Schaden an. Die Manchester, die gerade im Gange sind, wurden abgesagt. Es regnet jetzt schon seit 6 Tagen und die Themse steigt außerordentlich. Es tritt nicht bald eine Aenderung des Wetters ein, so muß mit großen Ueberschwemmungen gerechnet werden.

Erdbebenkatastrophe in Russland

II. Moskau, 17. Sept. Aus Moskau wird gemeldet, daß gestern bei Cherson neue Erdstöße verspürt worden sind; 40 Häuser sind eingestürzt. Die Halbinsel Mitsch auf der Krim ist im Meer verschwunden. Die Bevölkerung der nördlichen Schwarzmeerküste flüchtete ins Innere Russlands. Nur stellenweise sind Truppen zum Schutze der abgehenden Züge herangezogen worden. Bei Balakawa ist eine Kaserne eingestürzt. 15 Soldaten sind unter den Trümmern begraben worden. Auch deutsche Kolonisten haben durch die Erdbeben gelitten. Ein Pastor, der aus Odessa ins flache Land fuhr, um den Kolonisten beizustehen, ist verschollen. Von der Insel Sachalin wird ebenfalls ein Erdbeben gemeldet, das bis zu 6 Minuten andauerte. Einzelheiten fehlen noch.

Fern im Süd' das schön' Spanien.

Roman von Erica Grupe-Börcher.

(Nachdruck verboten.)
 Er trat einen Schritt zurück. Etwas lehnte sich in ihm auf. Sie sprach ihr Bedauern über Deutschland mit einem lächelnden Gleiten und einer Oberflächlichkeit, als bedauere sie eine Fremdin, ihr neues Kleid zerrissen zu haben.
 Ja, etwas lehnte sich in ihm auf. Er wollte kein billiges Mitleid für sein deutsches Vaterland!
 „Oh, es geht besser in Deutschland,“ meinte er, und es freute ihn, daß er das Spanische bereits so beherrschte, um sich ausdrücken zu können. „Es geht besser in Deutschland, langsam. Aber — wir hoffen alle, daß es nun wieder langsam bergauf geht. Nicht mehr bergab!“
 Sonderbar! Hier sprach er eine Hoffnung aus, die er selbst kaum in sich getragen, als er noch in der Heimat war. Möglicherweise er mit einem Schlage, daß man das Vaterland nicht aufgeben durfte. Nicht in der kleinsten Verunsicherung! Hier im Auslande weniger denn je!
 Donna Carmen bemühte sich, der Nichte den eleganten Gehmuff zu entwenden und ihr den Mantel zu öffnen, unter der Versicherung, daß sie ein wenig ablegen müsse und mit ihnen jetzt eine Tasse schwarzen Kaffee trinken. Aber Donna Florinda wehrte lächelnd ab.
 Sie hatte eine Verabredung mit einer Freundin zur Anprobe eines Ballkleides. Und sie habe jetzt eben hier schnell nur ihr Auto warten lassen und sei heraufgeißelt, um ihre Tante Carmen zu bitten, doch bei ihren Eltern ein gutes Wort zur Anschaffung eines neuen Stirnbandes aus Brillanten einzulegen, das sie selbst sich so sehr wünschte.
 Aber natürlich wollte Tante Carmen der jungen Nichte bei diesem Komplott beistehen! Mit großer Lebhaftigkeit sicherte sie es ihr zu und unterließ es nicht, den Sitten der spanischen Höflichkeit Genüge zu tun, indem sie ihr eine zierliche Kristallchale auf ihrem Fuße reichte, die bis an den Rand mit gequerten Früchten, feinsten Pralinen und gequerten Kastanien gefüllt war.

Die ganze Situation trug die Hast des gleich wieder erfolgenden Ausbruchs. Deswegen waren auch die Herren neben den Damen stehengeblieben. Niemand setzte sich. Werner verfolgte, wie Donna Florinda mit einer Handbewegung von reizender Grazie den gelächelten Schleier ein wenig löste und einige Pralinen geschickt zwischen die roten Lippen schob. Einen Moment hatte er den Eindruck, daß diese Lippen wie mit einem feinen Stilk nachgezogen zu sein schienen.
 Aber es blieb keine Zeit zur Betrachtung. Donna Florinda nickte mit niedlicher Schelmerei den Onkel über legendene Affäre, die Werner nicht kannte. Und Onkel Puff meinte schließlich, daß er nun in seinem Neffen, Don Werner, einen Helfershelfer gegen die Komplotte der beiden Damen haben werde.
 „Ja, mein Neffe nimmt's gleich mit Euch auf,“ lachte er und streifte Werner mit einem Blick von gewissem Stolz. „Er hat den Krieg als deutscher Offizier mitgemacht! Und ihr wißt ja selbst was für ein Ansehen der deutsche Offizier in Spanien hat!“
 „Ah!“ rief Donna Florinda bewundernd und sah sich den jungen Deutschen noch genauer an. Er gefiel ihr nämlich. Seine schlauke Größe, die ihre Zierlichkeit beträchtlich übertrug, sein blondes Haar, das in kurzen Wellen die Stirne in hohen Büchten frei ließ, seine klaren, energischen Augen schienen ihr in ihrem Bekanntenkreis spanischer Kavaliere und Bewunderer eine, höchst willkommene Abwechslung als Neuling zu bieten.
 Sie überlegte sofort, daß er auf den Empfangstagen ihrer Eltern eine gute Figur machen würde.
 „Ich gebe mich der Hoffnung hin, Don Werner, Sie werden meine Verwandten auch einmal zu unseren Empfangstagen begleiten? Meine Eltern werden sich gewiß sehr freuen —“
 Sie streckte dabei Werner ihre Rechte hin, die er ihr zum Dank küßte. Als er sich wieder aufrichtete, traf ihn ein seltsamer Blick ihrer Augen. Ihn dünkte es schelmische Grazie. Aber es war wohlberechnete Koketterie.
 Onkel Puff und seine Frau standen dabei, ohne sich viel dabei zu denken. Die wohlberechnete Koketterie der jungen Damen der spanischen Gesellschaft war ihnen etwas Selbst-

verständliches. Dann verabschiedete sie sich von den Verwandten ebenfalls. Wie ein zierlicher Flederwisch glitt sie in ihrem tief ausgeschnittenen Lackschuhen, welche durch die reiche Spangenbergverzierungen den hellgrauen Seidenstrumpf ausgiebig zur Geltung brachten, dann zu Tür, winkte den beiden Herren nochmals fröhlich mit der Hand und ließ sich dann unter dem Redeschwall der Tante zur Tür hinausgleiten.
 Werner folgte seinem Onkel, der aus Fenster getreten war, und, beide Hände in die Taschen versenkt, nachdenklich zur Straße hinabstarrte. Ein elegantes Auto hielt vor dem Hause. Jetzt sah man ihre graziose Gestalt über das Trottoir tippen, die Tür des Gefährtes öffnen und sie eilig wieder zuschlagen. Im nächsten Moment fuhr das Auto davon. Alles ging eilig, hastig, temperamentvoll, als habe die junge Dame eine Unmasse von Wichtigem zu erledigen.
 „So ein Quirl!“ meinte Onkel Puff, immer noch hinabstarrend. „Das ist ein ganz anderer Schlag als unsere schwerblätigen norddeutschen Mädchen, was? Ich muß ja gestehen, manchmal fallen mir die spanischen Damen in ihrer Lebhaftigkeit auf die Nerven, besonders wenn mehrere zusammen sind. Aber schließlich —“
 „Wie alt mag die junge Dame sein? Ist es unbillig, danach zu fragen?“
 „Ganze sechzehn Jahre!“ Und nach kurzem Sinnen setzte er hinzu: „Wenn sie aus der Erziehung entlassen werden, sind sie vollendete Weltkamen.“
 „Lernen nicht auch die jungen Damen dann irgend etwas Nützliches? Einen Beruf?“
 Onkel Puff lächelte. „Lernen? Sich mit etwas beschäftigen? Bozu? Ihr einziges Trachten geht danach, rechtzeitig einen Mann zu bekommen, der reich oder doch mindestens standesgemäß ist. Jede ihrer Bewegungen geht auf das Gefallen hinaus. Die Koketterie wird ihnen schließlich zur zweiten Natur. Deswegen darf man sie ihnen nicht so übernehmen. Man muß die spanische Frau eben vollkommen aus ihrem Rahmen heraus betrachten und beurteilen. Deutsche Ansprache wirkt man bei einer Heirat mit einer Spanierin über Bord, wie man so manches im Auslande über Bord werfen muß, wenn man sich einigermaßen akklimatisieren will.“
 (Fortsetzung folgt.)

Der deutsch-elsässische Grenzverkehr

Strasbourg, 17. Sept. Ueber die Frage der Erleichterung des Grenzverkehrs wird den Straßburger Blättern mitgeteilt: Bürgermeister Peirotes hat beim Außenministerium neue Schritte zwecks Erleichterung des Grenzverkehrs und Deckung der Grenzen unternommen. Vom Generalsekretär Berthelot im Außenministerium ist nun die Antwort eingetroffen, die besagt, daß keine besondere einschränkende Bestimmung für den Personenverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und Deutschland besteht, der nur dem Vorzeigen eines Nationalpases unterliegt mit dem Bismarck der Behörden des Landes, in das der Inhaber sich begibt. Was den Grenzverkehr betreffe, so arbeite das Außenministerium gegenwärtig an der Aufstellung eines Regimes, das Gegenstand von Verhandlungen mit der deutschen Regierung bilden wird, um den Grenzverkehr für Personen und Waren zu erleichtern. Es wird versichert, daß in allen anderen Punkten nach annehmbaren Lösungen gesucht wird, um den wirtschaftlichen Aufschwung von Elsaß-Lothringen zu erleichtern.

Zur Aufwertungsfrage

Eine Kundgebung der Volksrechtspartei.

Die Volksrechtspartei hat auf ihrer Raumburger Tagung u. a. folgende Kundgebung erlassen.

Nachdem das Reichsgericht im Aufwertungsstreite auf Grund des bürgerlichen Gesetzes gesprochen hatte, konnten Regierung und Parteien nicht mehr die Berechtigung der Gläubigerforderungen bestreiten. Deshalb hat man zur sachlichen Verteidigung der letzten Novelle die bereits früher als unzutreffend nachgewiesenen Gründe wiederholt.

Zu der „Wirtschaft“, die sich auf die Zulage des „eingestellten“ haben soll, gehören nicht nur die Schuldner, welche ihren ungestörten Sachbesitz sowie ihre Inflationsgewinne genießen, sondern auch die Gläubiger, welche um die Frucht ihrer Lebensarbeit gebracht und damit aus ihrer sozialen und wirtschaftlichen Stellung verdrängt sind. Diese großen Schichten können sich umso weniger auf die Juli-Gesetze von 1925 „einstellen“, je mehr die Entwicklung der Wirtschaft und die Lebenshaltung der Schuldner, sowie die Ausgaben der Gemeindefürsorge als unbegründet und über das berechnete Maß staatlichen Eingriffs weit hinausgehend erkennen lassen. Man kommt einen reichlichen Zahlungsaufschub gewähren, aber in einem Rechtsstaate niemals die Forderungen der Gläubiger zur Vereinerung der Schuldner dauernd vernichten, weil ein Teil der Schuldner sich vorübergehend in Zahlungsschwierigkeiten befindet.

Der Kredit des einzelnen wie der Staaten und Gemeindefürsorge wird nicht durch eine den bürgerlichen Gesetzen entsprechende Finanzwirtschaft, sondern durch gewaltsame Eingriffe in die sittlich begründeten Vorschriften des bürgerlichen Rechts vernichtet. Beweis: Das Schicksal der neuesten Reichsanleihe, die drohende Streichung deutscher Anleihen an fremden Börsen und die geforderte Unterwerfung deutscher Gemeinwesen unter fremdes Recht bei ihren auswärtigen Anleihen. Das uralte Kulturrecht des bürgerlichen Gesetzbuches ist unser Recht, nicht die Ausnahmegeetze vom Juli 1925, welche den Begriff des Eigentums erschüttern, Treu und Glauben untergraben und die Stetigkeit des Rechts zerstört haben.

Daß die Wiederherstellung des Rechtes nicht an einer Mehrbelastung der Gerichte scheitern kann, ist in einem Rechtsstaate selbstverständlich. Die Behauptung von der wirtschaftlichen Untragbarkeit gerechter Schuldenentlastung wird trotz der Vorkensurgen vom 13. Mai durch die wirtschaftlichen Tatsachen sowie durch die Wirtschaftszustand und Lebensführung der bereicherten Schuldner augenfällig widerlegt.

Bei dem Antrag auf entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten haben sich sämtliche maßgebenden Reichsbehörden ebenso wie die Schuldnerverbände feierlich für die Unverletzbarkeit des Privateigentums als der Grundlage von Staat und Wirtschaft eingesetzt. Nur für die Forderungen der Gläubiger wird von denselben Stellen jener Grundsatz nicht anerkannt, sondern durchbrochen.

Die Gläubiger fordern indes das gleiche Recht für ihr Eigentum; sie lehnen nicht nur ein Gesetz ab, welches die Schulden der Sachbesitzer streicht, ihre Forderungen aber unberührt läßt; sie lehnen auch die soziale Lösung ab, welche auf allgemeine Kosten der Steuerzahler den bedürftigen Gläubigern nur Almosen gewähren will.

Mit den Rechtsauffassungen der Juligesetze kann die Regierung die Angriffe auf die Unverletzlichkeit des Privateigentums nicht bekämpfen. Die entrechteten Gläubiger werden deshalb auch fernerhin mit allen gesetzlichen Mitteln für ihr eigenes Recht und damit auch für die Erhaltung des auf der Unverletzlichkeit des Eigentums beruhenden Rechtsstaates kämpfen.

Aus Württemberg

7. Tagung des Deutschen Missionarverbundes.

ep. Von gegen hundert evangelischen Missionaren aus den verschiedensten deutschen Missionsgesellschaften besucht fand Mitte September in Stuttgart die 7. Tagung des Deutschen Missionarverbundes statt, der sich nach dem Weltkrieg zum Austausch der Erfahrungen im weltweiten Missionsdienst gebildet hat. Unter den Teilnehmern befanden sich weitbekannte Persönlichkeiten, wie der Pappas-Missionar Keyffer, der Vorsitzende des Bundes, der Afrikanist Bachmann, der Jugendschriftsteller Jäckel aus Südafrika und Missionsuperintendent Witt aus China. Bedeutend war beim Begrüßungsabend die Erklärung von Prälat D. Finck, daß die württembergische Kirchenleitung in der Weltmission eine notwendige Lebensfunktion der Kirche erkenne. Auch Prälat D. Dr. Traub betonte namens der

Stuttgarter Gesamtkirchengemeinde die Gemeinjamkeit der Aufgaben von Heimatkirche und Mission. Die Vertreter der württembergischen Missionskreise, Oberkirchenrat D. Knapp und Missionssekretär Zehle wiesen auf die seit einem Jahrhundert bewährte Volkstümlichkeit der Neupreder Mission in Württemberg hin, und der überaus starke Besuch von zwei Missionsvorträgen durch Jugend und Erwachsene gab hierfür einen sprechenden Beweis. — Die Hauptveranstaltungen beschäftigten sich mit wichtigen grundsätzlichen, praktischen und geschichtlichen Missionsfragen. Missionsdirektor Hartenstein aus Basel beleuchtete in tiefgründigem Vortrag die Bedeutung der Theologie Karl Barths für die Mission; Missionssekretär Zehle sprach über das afrikanische Erziehungsproblem, das durch das neue Bildungsprogramm der englischen Kolonialverwaltung auf eine volkstümliche und religiöse Grundlage gestellt ist. Universitätsprofessor D. Schlatter zeigte in einem geistvollen Referat, daß das Ziel der apostolischen Mission gegenüber dem Hellenismus weder der judisierte noch der idealisierte Griech, sondern der durch Christus erneuerte Mensch war. In den Aussprachen wurden die praktischen Folgen dieser Gedanken für die moderne Missionsarbeit gezogen. Auch über die Reform der missionarischen Ausbildung fanden wichtige Beratungen statt.

Aus Stadt und Land

Calw, den 19. September 1927

Neubezeichnung von Wohnplätzen im Oberamtsbezirk Calw.

Auf Grund entsprechender Gemeinderatsbeschlüsse sind durch Ministerialentscheidung folgende Neubezeichnungen von Wohnplätzen und Einzelwohnstätten im Oberamtsbezirk Calw genehmigt worden: auf Markung Albulach „Elektrizitätswerk Teinach Station“ und „Marmorwerk im Teinachtal“, auf Markung Breitenberg „Dachshof“, auf Markung Liebelsberg „Lautenbachhof“, auf Markung Neubulach „Vollmühle am Ziegelbach“, auf Markung Sonnenhardt „Teinachtal“, auf Markung Stammheim „Ob. Mühle“, „L. Mühle“, „Unt. Mühle“, „Rehrundlinge“, „Dof Waldeck“ und „Baumwollspinnerei Calw“.

Der Verkehr mit Sonntagsrückfahrkarten im Wintersfahrplan.

Vom 2. Oktober bis 14. Mai werden in den Bezirken der Reichsbahndirektionen Stuttgart, Karlsruhe, Mainz, Frankfurt a. M., Ludwigshafen, Augsburg, Würzburg, Nürnberg München, Regensburg, Erfurt, Halle und Magdeburg sämtliche beschleunigten Personenzüge, Eil- und Schnellzüge mit Ausnahme der Fernschnellzüge (im Fahrplan mit „FD“ bezeichnet) für die Benützung mit Sonntagsrückfahrkarten freigegeben.

Abschiedsfeier für Pfarrer Gutbrod in Bad Teinach.

Am Freitag Abend versammelte sich auf Einladung des Kirchengemeinderats eine stattliche Gemeinde im Saale des Hotels zum Hirsch, um sich von dem in dieser Woche von Teinach nach Nidlingen N. B. B. überfödelnden Pfarrer Gutbrod zu verabschieden. Auch Vertreter der Filialorte Emberg und Schmiech waren erschienen. Früher Missionar in Kamerun hat Pfarrer Gutbrod seit 1920 den drei Gemeinden mit seiner ganzen Kraft gedient und sich, wie der Abend zeigte, während der Zeit seiner Wirksamkeit große Wertschätzung erworben. In verschiedenen Ansprachen kam das zum Ausdruck. Schultzeiß K a i s e r von Bad Teinach begrüßte die Erschienenen, dankte im Namen der Gesamtkirchengemeinde für die treue und liebevolle Hingebung des Scheidenden in seinem Amte und wünschte ihm und seiner Familie alles Gute für die neue Heimat. Oberlehrer Rehm-Bad Teinach würdigte die Arbeit des Scheidenden in der Schule. Er habe in ihm einen Pfarrer und Religionslehrer kennen gelernt, der aus wahren, innerem Glauben heraus sein Amt versehen habe. Die Tätigkeit Pfarrer Gutbrods habe erkennen lassen, daß er sich während vieler Jahre in Kamerun, wo er mehr Lehrer als Pfarrer gewesen sei, einen reichen Schatz pädagogischer Erfahrungen gesammelt habe. Als Mitglied des Ortsrats sei er einem gesunden Fortschritt im Schulwesen nie hindernd im Wege gestanden. Der Dank des Redners im Namen der drei Schulgemeinden gipfelte in dem Wunsche, daß dem Scheidenden für die an den Kindern getane Arbeit Segen in seinen eigenen Kindern erblühen möge. Postmeister St o c k b u r g e r dankte im Namen der Ortsgruppe des Ev. Volksbundes, dessen Gründer und geistiger Führer Pfarrer Gutbrod war. Klavierstücke, Duette und Sologesänge von Oberlehrer Rehm, Frau Postmeister Stockburger und Fr. Rehm vorgetragen, darunter das immersöhne „D Schwarzwald, o Heimat“, trugen wesentlich zur Verschönerung des Abends bei. Nachdem Kirchengemeinderat W o h l g e m u t h noch an die Arbeiten erinnert hatte, die während der Amtszeit Pfarrer Gutbrods durchgeführt wurden (Renovierung der Kirche, Einrichtung elektrischen Lichts in dieselbe, Anschaffung einer neuen Glocke), überreichte er der scheidenden Pfarrfamilie im Namen der Kirchengemeinde Bad Teinach und einiger persönlicher Freunde ein wertvolles Schreibzeug, ein Erzeugnis der Teinacher Marmorindustrie. Hierauf richtete Pfarrer Gutbrod zu Herzen gehende Abschiedsworte an die Versammlung. Soviel Liebe und Aufmerksamkeit, wie ihm heute entgegengebracht worden sei, habe er nicht verdient. Er fühle sich fast im Unrecht, wenn er schon nach erst siebenjähriger Wirksamkeit wieder weiterziehe; aber gesundheitliche Rücksichten hätten ihn hiezu gezwungen. Für all die freundlichen Worte und Wünsche, die ihm und seiner Familie gewidmet worden seien und das schöne Geschenk, das ihn an Teinach erinnern soll, könne er nichts geben als Liebe und Dankbarkeit. Sie sollen gelten, sie seien göttlicher Art. Die bekannte Dichterin Maria Luise Weitmann von Teinach widmete den Scheidenden ein Gedicht, das in seiner herannaen Art tiefsten Eindruck machte.

Ueber das Selbstentzündende von Heu.

Die Ansichten über das Selbstentzündende von Heu sind vielfach sehr irrtümlich. Viele Landwirte, auf deren Heuboden plötzlich Feuer ausbricht, sind weit eher geneigt, an eine Brandstiftung zu denken, als an Selbstentzündung. Eine solche ist aber noch 10 Wochen nach der Ernte möglich, und zwar unter folgenden Erscheinungen: Die Samen der Halme behalten ihre Keimfähigkeit noch lange, nachdem das Heu eingefahren ist. Auch die Zellengewebe bleiben noch lebensfähig, wenn das Heu nicht vollständig luftgetrocknet war. Die Lebensbetätigung entwickelt Wärme, und es kommt zu einer vollkommenen Verbindung mit dem eingeschlossenen Sauerstoff, also zu einer Verbrennung, wobei die ganze bedeutende Hitze von 200—300 Grad entwickelt werden kann. Durch die innere Verbrennung hat sich eine selbstentzündende Kohle gebildet, die ihrerseits zu einer Feuersbrunst Anlaß gibt. Nur innerlich noch feuchtes, frisches Heu kann sich entzünden, niemals das völlig auf dem Felde ausgetrocknete, selbst wenn es durch Regen oder Hochwasser äußerlich durchnäht sein sollte. Die Selbstentzündung verrät sich übrigens lange zuvor durch Rauch oder verdächtige Dünste. War das Heu noch unmittelbar vor dem Brande kühl, dann lag keine Selbstentzündung vor, sondern irgend eine andere Brandursache. Eine Erwärmung, oft bis zu 70 Grad, hat allerdings jedes abgelagerte Heu im Innern eines enggepackten Schobers durchzumachen. Man muß demnach immer für gehöriges Trocknen unter Luftzutritt und für Ueberwachung der eingebrachten Ernte sorgen und darf die Ernte vor allen Dingen nicht zu gette einfahren.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Ausläufer der nördlichen Depression verursachen unbeständiges Wetter. Für Dienstag und Mittwoch ist wechselnd bewölkt, auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigt. Wetter zu erwarten.

SW. Calmbach, N. Neuenbürg, 17. Sept. Nach den Beschlüssen des Ortsrats und des Gemeinderats soll die hiesige einklassige Mittelschule am Ende des laufenden Schuljahres aufhören zu bestehen. Etwa 60 Jahre lang hat sie gewirkt und segensreich gearbeitet.

SW. Birkenfeld, N. Neuenbürg, 17. Sept. Wenn auch die Wohnungsnot hier noch bedeutend ist, so kam im Gemeinderat doch zum Ausdruck, daß durch die Aufrechterhaltung des Wohnungsmangelgesetzes keine praktischen Erfolge mehr auf dem Gebiet der Wohnungszwangsbewirtschaftung erzielt werden können. Der Gemeinderat beschloß daher, die Wohnungszwangsbewirtschaftung mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

SW. Hochdorf, N. Horb, 17. Sept. Am Dienstag Abend brach im Dachstuhl des Hauses von Al-Strassenwart Rauch Feuer aus. Durch die übermäßige Rauchentwicklung jedoch rechtzeitig bemerkt, war es gelungen, das Feuer im Keime zu ersticken, so daß die schnell auf dem Platz erscheinende Feuerwehr nicht in Tätigkeit zu treten brauchte. Der Brand scheint durch Unvorsichtigkeit beim Schwefeln entstanden zu sein.

SW. Freudenstadt, 18. Sept. Der Verbleib des vermißten Realschülers ist aufgeklärt. Er ist an Malaria erkrankt und befindet sich im Gefängnislazarett in Ancona. Infolge seiner Erkrankung stellte er sich der Polizei und wird nun durch seine Angehörigen abgeholt.

SW. Horb, 17. Sept. Die landwirtschaftliche Bevölkerung, die als Stromabnehmer des Ueberlandwerkes Glatten in Frage kommt, ist nicht gewillt, die ungerechten Härten, die der neue Stromtarif in sich birgt, gefallen zu lassen. — So hat der Württembergische Bauernbund auf Sonntag nachmittag nach Teinstetten eine Versammlung einberufen, in der flammender Protest gegen den neuen Stromtarif erhoben wurde. Erfreulich war der gewaltige Andrang zur Versammlung, in der Herr Diplomlandwirt Duchner referierte und zur Folgerung kam, daß das Ueberlandwerk Glatten wohl in der Lage sei, bei der nötigen sparsamen Wirtschaft der neuen Stromtarif zu revidieren. Er führte u. a. an, daß, wenn andere Werke, wie Aistaig und Nagold, die Kilowattstunde Strom um 30 Pfennig ohne Grundgebühren liefern können, man dies auch vom Glatter Werk verlangen könne. Demnach wird in Horb ebenfalls eine Protestversammlung in der gleichen Angelegenheit stattfinden.

SW. Stuttgart, 17. Sept. In der gestrigen Finanzausschusssitzung teilte Präsident Körner mit, daß der Wiederzusammentritt des Landtages von der Vorlegung des Haushaltsplans für 1928 durch die Regierung abhängig sei. Es sei in Aussicht genommen, daß dies im Oktober stattfinden werde.

SW. Stuttgart, 17. Sept. Das Innen- und das Finanzministerium haben an die Amtskörperschaften und Gemeinden einen Erlaß zur Durchführung der Finanzstatistik gerichtet. Die Reichsfinanzstatistik zerfällt nach der neuen Verordnung in Jahresaufstellungen über die Einnahmen und Ausgaben der Länder und Gemeinden, in laufende Uebersichten über die Einnahmen der Länder und Gemeinden aus Steuern und in Mitteilungen der Haushaltspläne und Rechnungsergebnisse der Länder und Gemeinden.

SW. Stuttgart, 17. Sept. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat in diesem Jahr unter ihrem Personal einen Wettbewerb zur Verschönerung der Bahnanlagen veranstaltet. Der Wettbewerb sollte dazu beitragen, die Bediensteten mitwirken zu lassen an den Bestrebungen der Reichsbahnverwaltung durch zweckmäßige Ausgestaltung und Bepflanzung der Bahnanlagen das Landschaftsbild zu ver-

Chinosol

verhütet Katarrhe und Entzündungen. Zu haben in allen Apotheken und Fachdrogerien.

